

Einleitung

„Aufbruch zur Demokratie?“ – Aspekte einer Demokratieggeschichte Ostmitteleuropas (1918–1939)

von

Agnes Laba, Maria Wojtczak

„Demokratie“ heißt eines der grundlegenden Prinzipien neuerer europäischer Geschichte. Zurückreichend auf politische, soziale und kulturelle Prozesse des 19. Jahrhunderts, avancierte es zu einem der dominierenden politischen und gesellschaftlichen Konzepte des 20. Jahrhunderts. Vor allem der Erste Weltkrieg bzw. dessen Ende muss dabei als ein Katalysator einer europäischen Demokratieggeschichte angesehen werden.¹ Während es vor 1914 in Europa lediglich drei Republiken gegeben hatte, waren es 1918 dreizehn.² Begünstigt wurde diese Demokratisierungsbewegung nicht zuletzt durch den Sieg und die Vormachtstellung westlich demokratischer Staaten wie der Vereinigten Staaten von Amerika, die nicht nur für Demokratie schlechthin zu stehen schienen, sondern diese auch implizit als Bedingung einer zukünftigen Nachkriegsordnung forderten und auf diese Weise die Demokratisierung nicht nur auf Seiten der Kriegsverliererstaaten forcierten.³ Nicht zuletzt

¹ Zu Ostmitteleuropa in der Zwischenkriegszeit vgl. HANS LEMBERG (Hrsg.): Ostmitteleuropa zwischen den beiden Weltkriegen (1918-1939). Stärke und Schwäche der neuen Staaten, nationale Minderheiten, Marburg 1997. Einen Überblick zur Geschichte der baltischen Länder in der Zwischenkriegszeit geben HORST NUBER (Hrsg.): Das Baltikum. Band 2: Von 1918 – heute, München 2011; JOHN HIDEN, PATRICK SALMON: The Baltic Nations and Europe. Estonia, Latvia and Lithuania in the Twentieth Century, London 1996.

² Vor 1914 waren Portugal, Frankreich und die Schweiz Republiken. Zu den dreizehn Republiken nach 1918 kamen 12 Monarchien, Albanien folgte 1928 durch Selbstkrönung des Diktators Ahmet Zogu. Ungarn war nur formal eine Monarchie, mit einem prääsidentenähnlichen Reichsverweser an der Spitze. Monarchien blieben auch die Staaten Nord- und Nordwesteuropas, in denen vor 1914 der Übergang zu einer parlamentarischen Regierungsform vollzogen worden war (Großbritannien, Skandinavien und die Benelux-Staaten). GUNTHER MAI: Europa 1918-1939. Mentalitäten, Lebensweisen, Politik zwischen den Kriegen, Köln 2001, S. 147.

³ So hatte die USA ihren Kriegseintritt gegen Deutschland im Jahr 1917 damit begründet, „to make the world safe for democracy“. In seinen „Vierzehn Punkten“, die der U.S.-amerikanische Präsident Woodrow Wilson am 08.01.1918 dem Kongress vorstellte, war jedoch keine direkte Forderung nach Demokratie beinhaltet. Diese war vielmehr implizit in dem Konzept des Selbstbestimmungsrechts verankert. PAUL NOLTE: Was ist Demokratie? Geschichte und Gegenwart, München 2012, S. 240. Zur Rolle von Demokratie und den USA bezüglich der Nachkriegsordnung des Ersten Weltkriegs vgl.

brachte das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ als das führende politische Schlagwort der letzten Kriegsjahre und der unmittelbaren Nachkriegszeit einen potenziell demokratischen Impetus in die internationale Debatte um die territoriale Neuordnung Ostmitteleuropas. So begrenzte sich die amerikanische Auslegung des Selbstbestimmungsrechts nie allein auf die äußere Unabhängigkeit von bisher in Großreichen unterdrückten bzw. staatlich nicht selbstständigen Minderheiten, sondern es schloss immer auch eine innere Selbstbestimmung mit ein; sprich: eine demokratische Regierung.⁴ Gleichzeitig ließ es den Siegermächten Volksabstimmungen als Instrumente zur Grenzfestsetzung als sinnvoll erscheinen und rückte somit den Willen der Bevölkerung eines bestimmten Territoriums als Ausgangspunkt für dessen zukünftige staatliche Zugehörigkeit in den Fokus der Debatten.⁵

Gerade in den multiethnischen Regionen Ostmitteleuropas, die bis zum Ende des Ersten Weltkriegs von den großen Imperien beherrscht worden waren, bildeten demokratische Staats- und Gesellschaftsformen die (Legitimierungs-)Grundlage für zahlreiche Staatsgründungen: So entschieden sich Polen, die Tschechoslowakei und die baltischen Staaten Litauen, Estland und Lettland für eine republikanische Staatsform. Somit wurden in Ostmitteleuropa in Folge des Ersten Weltkriegs nicht nur zahlreiche neue Staaten errichtet, sondern gleichzeitig auch erstmals Staatsformen installiert, deren grundlegendes Kennzeichen repräsentative parlamentarische Regierungen waren, die durch Wahlen hervorgebracht und legitimiert wurden. Diese neu installierten demokratischen Strukturen bildeten die Vorbedingung und die politischen Rahmenbedingungen für weitreichendere gesellschaftliche Auseinandersetzungen mit demokratischen Konzepten – auch abseits der großen politischen Debatten. Mit Ausnahme der Tschechoslowakei überdauerte jedoch keine dieser neu installierten Demokratien die 1920er beziehungsweise 1930er Jahre, gleiches gilt für die Verliererstaaten des Weltkriegs.⁶ Die Zwischenkriegszeit muss also als eine kurze, jedoch intensive Phase einer Demo-

JOST DÜLFFER, GOTTFRIED NIEDHARDT (Hrsg.): Frieden durch Demokratie? Genese, Wirkung und Kritik eines Deutungsmusters. Tagung des Arbeitskreises Historische Friedensforschung in der Europäischen Akademie Berlin vom November 2009, Essen 2011.

⁴ NOLTE (wie Anm. 3), S. 240.

⁵ MÄRTA C. JOHANSON: Self-Determination and Borders. The Obligation to Show Consideration for the Interests of Others, Åbo 2004, S. 31. Dass „Demokratie“ und „Selbstbestimmung“ nicht deckungsgleich sind, belegen die jeweiligen Begriffsgeschichten. Dennoch lassen sich im Akt der Selbstbestimmung demokratische Prinzipien ausmachen: Es wird eben gerade *nicht* von oben darüber entschieden, zu welcher politischen Einheit ein Territorium gehört, sondern es handelt sich um eine Mehrheitsentscheidung, an der man sich – zumindest potenziell – frei beteiligen kann. JÖRG FISCH: Das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Die Domestizierung einer Illusion, München 2010, S. 22-23, 63-67.

⁶ ANDREA ORZOFF: Battle for the Castle. The Myth of Czechoslovakia in Europe, 1914-1948, Oxford 2009.

kratiegeschichte angesehen werden, deren Analyse nicht nur eine interessante Folie für die Geschichte Ostmitteleuropas in der Zwischenkriegszeit bildet, sondern auch wichtige Ansatzpunkte für die Demokratieforschung aufzeigen kann.

Die Idee für das vorliegende Themenheft entstammt aus einer im September 2011 vom Marburger Herder-Institut für historische Ostmitteleuropafor- schung in Kooperation mit dem Institut für Germanistik und dem Institut für Geschichte der Adam-Mickiewicz Universität Posen (Poznań) veranstalteten Nachwuchstagung zu „Demokratiegeschichte im deutsch-polnischen Kontext“, die wiederum auf das am Herder-Institut in Zusammenarbeit mit dem Institut für Deutsche Sprache in Mannheim und dem Institut für Zeitge- schichte in München 2010-2013 durchgeführte Projekt „Demokratiege- schichte als Zäsurgeschichte. Das Beispiel der frühen Weimarer Republik“ zurückgeht.⁷ Im Rahmen der Tagung in Ciążeń fanden sich internationale Nachwuchswissenschaftler zusammen, die aus einer interdisziplinären Per- spektive Aspekte einer Demokratiegeschichte im deutsch-polnischen Kontext beleuchteten.⁸ Die Tagung machte deutlich, dass Demokratiegeschichte weit- aus mehr sein kann – und muss – als die Betrachtung politischer Systeme, sondern dass ihr darüber hinaus in zahlreichen gesellschaftlichen Phänome- nen abseits der großen Politik nachgespürt werden kann. Insbesondere der interdisziplinäre Zugriff auf den Themenkomplex – die Teilnehmer der Tagung setzten sich aus Vertretern der Geschichts-, Politik-, Literatur-, Sprach- und Rechtswissenschaft zusammen – erwies sich dabei als besonders fruchtbar. Diesen Anliegen sehen sich auch die Beiträge dieses Themenheftes verpflichtet.

Das Oberthema „Demokratiegeschichte in Ostmitteleuropa (1918-1939)“ wird hier somit explizit als eine interdisziplinäre Annäherung an die unter- schiedlichen politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Aspekte einer Auseinandersetzung mit Demokratie in Ostmitteleuropa in der Nachkriegszeit des Ersten Weltkriegs verstanden. Der zeitliche Fokus des Heftes liegt auf der Zwischenkriegszeit, in der demokratische Staatsformen in Ostmitteleuropa erstmals die Rahmenbedingungen für eine Auseinandersetzung mit ebensol- chen Konzepten bildeten. Der Untersuchungszeitraum endet aus forschungs- praktischen Gründen mit dem Jahr 1939.⁹ Den Anspruch, eine lückenlose Geschichte der Entwicklung und der Demontage der Demokratie in Ostmittel- europa zu schreiben, verfolgt dieses Themenheft nicht; so wie hier auch keine erschöpfende Antwort auf die Frage nach den Gründen für das Scheitern der Demokratie in Ostmitteleuropa gegeben werden kann. Dabei wird, von einer

⁷ HEIDRUN KÄMPER (Hrsg.): *Demokratiegeschichte als Zäsurgeschichte: Diskurse der frühen Weimarer Republik*, Berlin 2014.

⁸ Vgl. den Tagungsbericht unter: <http://www.ahf-muenchen.de/Tagungsberichte/Berichte/pdf/2011/193-11.pdf> (09.07.2014).

⁹ Der Beitrag von Marek Szałagiewicz fällt aus diesem zeitlichen Rahmen, weil die Nachwuchstagung im September 2011 das gesamte 20. Jahrhundert anvisiert hatte.

teleologischen Erfolgsgeschichte der Demokratie Abstand nehmend, eine kritische Auseinandersetzung mit der Erprobung demokratischer Konzepte fokussiert, die sowohl die Demokratisierungsbestrebungen als auch ihre Abwehrmechanismen beleuchten möchte. Im Vordergrund stehen daher auch nicht die politischen Systeme und die damit verbundenen Fragen nach der Installierung und dem Abbau der Demokratie. Die Beiträge präsentieren vielmehr bewusst ein Spektrum von kleineren Fragestellungen, die aufzeigen sollen, in welchen gesellschaftlichen Bereichen und unter welchen Fragestellungen einer Demokratiegeschichte Ostmitteleuropas nachgespürt werden kann.

Die Beiträge fragen zum einen danach, welche Konsequenzen die Implementierung einer demokratischen Staatsform für die unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereiche und Gruppierungen, aber auch für politische Praktiken wie z.B. Entscheidungsfindungsprozesse hatte – etwa, ob vor dem Hintergrund des allgemeinen Vormarschs der Demokratie im Ausgang des Ersten Weltkriegs die dringlich gewordenen Territorialisierungspraktiken eng mit demokratischen Konzepten verknüpft wurden. Im Fokus stehen zum anderen Fragen danach, wie Demokratie von unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Akteuren verstanden wurde und welche Zielsetzungen und Legitimationsstrategien sich in diesem Zusammenhang mit staatlicher Eigenständigkeit verbanden. Ferner wird nach den Strategien der Auseinandersetzung mit sowie der Adaption und der Umsetzung von demokratischen Konzepten unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen wie etwa Frauen gefragt. Von hier aus wird nicht nur untersucht, welche Konsequenzen die Demokratisierungsprozesse für unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen hatten, sondern auch geprüft, wie sich die unterschiedlichen Vorstellungen von Demokratie veränderten und ob Anhaltspunkte für die Lösung der Frage ausgemacht werden können, warum beinahe alle nach 1918 als Demokratie gegründeten Staaten sich später wieder von dieser Staatsform abwandten.

Mögliche Fragestellungen einer Demokratiegeschichte Ostmitteleuropas (1918-1939)

Die Entscheidung für eine demokratische Staats- und Gesellschaftsform bedeutete nicht nur den Aufbau von demokratischen Regierungs- und Verwaltungsstrukturen, sondern schloss außerdem eine umfassende Demokratisierung der jeweiligen Gesellschaftsstrukturen ein. Sie manifestierte sich im Abbau von standesbedingten Privilegien als Vorbedingung der politischen Partizipation und Emanzipierung solcher gesellschaftlichen Gruppierungen, die zuvor darüber gar nicht oder nur eingeschränkt verfügt hatten. Diese Entwicklungen brachten neue politische Akteure hervor, die Mitsprache in der nationalen Politik forderten. Dazu gehörten etwa Bauern¹⁰ und Arbeiter, wo-

¹⁰ JAN-WERNER MÜLLER: Das demokratische Zeitalter. Eine politische Ideengeschichte Europas im 20. Jahrhundert, Bonn 2013, S. 39 f.

bei Letztere vor allem in den ersten Jahren nach Kriegsende mit Arbeiter- und Soldatenräten neue Formen der politischen Organisation und Partizipation erprobten.¹¹ Ebenso betraf dies nationale Minderheiten, die in dem von den Siegermächten installierten politischen Nachkriegssystem vor allem in Ostmitteleuropa zahlenmäßig stark vertreten waren und in einer Art Dreiecksbeziehung zwischen Patronage- und Heimatstaat (*nationalizing state* vs. *external national homelands*) nicht nur nach kultureller Autonomie, sondern auch nach politischen Rechten strebten.¹² Ein rechtlicher Schutz dieser Minderheiten fehlte hingegen in den Vorortverträgen und wurde durch bilaterale Verträge geregelt.¹³ Nicht zuletzt bedeutete die Demokratisierungswelle nach 1918 auch eine Veränderung der politischen und gesellschaftlichen Stellung von Frauen. So hatten diese vor dem Krieg nur in Finnland und Norwegen wählen dürfen. Nach dem Ersten Weltkrieg erfuhr das Wahlrecht in den demokratisierten Staaten eine enorme Ausweitung – auch Frauen durften hier nun wählen.¹⁴ In der Zweiten Polnischen Republik etwa existierte eine starke Frauenbewegung, die eine gesetzliche Gleichstellung sowie Aktivierung von Frauen in allen Bereichen des öffentlichen Lebens und den Schutz von Mütter- und Kinderrechten forderte.¹⁵ Interessanterweise lässt sich in der polnischen Emanzipationsbewegung der Frauen in der Zwischenkriegszeit ein

¹¹ MÜLLER (wie Anm. 10), S. 86.

¹² In Polen etwa machten Minderheiten rund ein Drittel der Bevölkerung aus, vgl. JERZY TOMASZEWSKI: *Mniejszości narodowe w Polsce w latach 1918-1939* [Nationale Minderheiten in Polen in den Jahren 1918-1939], Warszawa 1985. Vgl. auch MATHIAS BEER (Hrsg.): *Politische Strategien nationaler Minderheiten in der Zwischenkriegszeit*, München 2013, sowie ROGERS BRUBAKER: *Nationalism Reframed. Nationhood and the National Question in the New Europe*, Cambridge 1996, S. 55-69.

¹³ MÜLLER (wie Anm. 10), S. 41 f.

¹⁴ Ebenda, S. 38.

¹⁵ So wurde 1917 das Zentrale Komitee für die politische Gleichberechtigung der Frauen (Centralny Komitet Politycznego Równouprawnienia Kobiet) ins Leben gerufen und zwei Jahre später zum Politischen Klub der Fortschrittlichen Frauen (Klub Polityczny Kobiet Postępowych) umgewandelt. Vgl. SŁAWOMIRA WALCZEWSKA: *Damy, rycerze i feministki. Kobiety dyskurs emancypacyjny w Polsce* [Damen, Ritter und Feministinnen. Der Diskurs über Frauenemanzipation in Polen], Kraków 2000. AGNIESZKA MROZIK: *Polski ruch kobiecy przełomu XIX i XX wieku a kontekst europejski i światowy* [Die polnische Frauenbewegung am Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert im europäischen und globalen Kontext], in: *Wirtualne Muzeum Historii Kobiet*, Fundacja Feminoteka, Warszawa 2008, URL: http://www.feminoteka.pl/muzeum/readarticle.php?article_id=18 (12.05.2015), schildert folgende Anekdote: Eine Delegation polnischer Frauenrechtlerinnen aus allen drei Teilungsgebieten wartete stundenlang geduldig bei frostigem Wetter vor Józef Piłsudskis Warschauer Villa und Amtssitz, um ihm eine Petition zugunsten des Wahlrechts für Frauen zu überreichen. Piłsudski entsprach diesen Forderungen mit dem Gesetz vom 28.11.1918, das später von dem Märzgrundgesetz von 1921 bekräftigt wurde. Es herrscht heute allgemein die Überzeugung, diese Rechte seien für die Frauen eine Belohnung für ihre treue Unterstützung der polnischen Männer in der Zeit der Fremdherrschaft gewesen, in Wirklichkeit aber haben sie sich diese wortwörtlich erkämpft.

wesentlicher Unterschied zum westlichen Europa feststellen. So zielte diese argumentativ nicht so sehr auf eine *Gleichberechtigung* von Frauen. Da die Polinnen bereits in der Zeit der Teilungen an den Befreiungskämpfen beteiligt gewesen waren, fühlten sie sich den Männern gegenüber bereits als gleichberechtigt. Die Frauenbewegung überlappte sich hier argumentativ vielmehr mit der Nationalbewegung, womit der Kampf um Frauenrechte in Polen eher zum Kampf um Rechte der ganzen unterdrückten Nation stilisiert wurde.¹⁶

Vor diesem Hintergrund bieten sich Fragen danach an, inwiefern die Emanzipationsbewegung und gesellschaftliche Rolle von Frauen in den als Demokratie gegründeten Staaten in Ostmitteleuropa anders verliefen als im westlichen Europa, welche Gemeinsamkeiten sich auffinden lassen und inwiefern man eine Geschichte der Frauenbewegung und eine Demokratiegeschichte der Zwischenkriegszeit verknüpfen kann; ob also eine Geschichte der Frauenbewegung im Sinne eines Strebens nach mehr Demokratie gesehen werden muss – eine Frage, die auch auf andere gesellschaftliche Gruppen (etwa Minderheiten) ausgeweitet werden kann. Welche Begründungszusammenhänge und Argumentationslinien wurden herangezogen, um die neue staatliche Eigenständigkeit in Form einer demokratischen Staatsform gegenüber der internationalen Gemeinschaft wie auch der eigenen Bevölkerung zu legitimieren? Welche neuen politischen Akteure brachte der Demokratisierungsschub nach dem Ersten Weltkrieg hervor? Hier sind nicht nur ihre Organisationsformen, gesellschaftspolitischen Zielsetzungen und Durchsetzungsstrategien von Interesse, sondern auch Fragen danach, welches Verständnis von Demokratie sowohl innerhalb der einzelnen Gruppierungen als auch im Dialog mit anderen ausgehandelt und durchgesetzt wurde und welche Formen der politischen Willens- und Konsensfindung sowie Konfliktaustragung innerhalb der Rahmenbedingungen der republikanischen Staatsform vorherrschten.

Dass es sich bei den Demokratisierungsprozessen nach 1918 nicht um eine lineare Entwicklung hin zu mehr Demokratie handelte, sondern eher um eine kontinuierliche Auseinandersetzung mit demokratischen Konzepten, die sich

¹⁶ WALCZEWSKA (wie Anm. 15), S. 62 f. In manchen Analysen der polnischen Frauenbewegung findet sich sogar das Argument, dass die Aktivität vieler polnischer Frauen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bei der Leitung der geheimen polnischen Volksschulen auf dem Lande und in den Städten in gewisser Weise einen Ersatz für ihre Gleichberechtigung gebildet habe. So wird häufig betont, dass vor allem die gebildeten Frauen eine „patriotische Mission“ erfüllen wollten und damit auch starken Einfluss auf Frauen ausübten, die auf dem Lande lebten. Diese besondere Mission der Frauen habe hohe Anerkennung bei den Männern gefunden und wesentlich zur gesellschaftlichen Anerkennung der Frauen beigetragen. Vgl. ANNA ŻARNOWSKA, ANDRZEJ SZWARC (Hrsg.): *Ruchy emancypacyjne i stowarzyszenia kobiece na ziemiach polskich przed odzyskaniem niepodległości – dylematy i ograniczenia* [Polnische Frauenbewegung und Frauenvereine vor der Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit – Dilemmata und Einschränkungen], Warszawa 2008.

in Demokratisierungs- und Entdemokratisierungsschüben manifestierten, zeigte sich besonders offensichtlich in der Tatsache, dass in kaum einem der betreffenden Staaten die Demokratie die 1920er bzw. 1930er Jahre überdauerte.¹⁷ Mit Ausnahme der Tschechoslowakei wurden in allen Staaten, die aus den drei Imperien hervorgegangen waren, Diktaturen installiert, wenn auch keine faschistischen Regime.¹⁸ In Polen führte Józef Piłsudski im Mai 1926 einen Putsch durch. Das daraufhin etablierte *Sanacja*-Regime verfolgte einen autoritären Regierungsstil, bis mit der Verfassung von 1935 die Parliamentsherrschaft endgültig aufgehoben und der Präsidenten zur entscheidenden Autorität erhoben wurde. Auch in Litauen wurde in Folge eines Staatsstreiches im Dezember 1926 durch den ersten Präsidenten der Republik, Antanas Smetona, und Augustinas Voldemaras eine Diktatur errichtet. Zur Abwehr einer angeblichen faschistischen Bewegung errichtete der amtierende Ministerpräsident Lettlands, Kārlis Ulmanis, bei einem Staatsstreich im Mai 1934 ein autoritäres Regime, und in Estland wurde von Staatsoberhaupt Konstantin Päts und dem Oberbefehlshaber Johan Laidoner, ebenfalls im Mai 1934 und ebenfalls zur Abwehr einer faschistischen Bewegung, das Parlament aufgelöst und ein autoritäres Regime installiert. Eine neue Verfassung im Jahr 1938 führte ein Präsidialregime ein.

Diese Häufung diktatorischer Regierungen am Vorabend des Zweiten Weltkriegs deutet auf die Instabilität der nach 1918 errichteten Demokratien hin. Auf ihrem vermeintlichen Höhepunkt konnte sich die republikanische Staatsform offensichtlich nicht als dominante politische Ideologie und Regierungsform durchsetzen und nachhaltig in der politischen Kultur dieser Länder verankern.¹⁹ Dass demokratische Ideen dennoch an Attraktivität und Wir-

¹⁷ CONAN FISCHER: *Europe between Democracy and Dictatorship. 1900-1945*, Malden 2011; CHRISTOPH GUSY (Hrsg.): *Demokratie in der Krise. Europa in der Zwischenkriegszeit*, Baden-Baden 2008; DIRK BERG-SCHLOSSER: *Authoritarianism and Democracy in Europe, 1919-39. Comparative Analyses*, Basingstoke 2002.

¹⁸ ERIC HOBBSBAWM: *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München 1998, S. 164 f. MAI (wie Anm. 2), S. 187-190, unterscheidet drei Diktaturmodelle, die in den 1920er bzw. 1930er Jahren in Europa installiert wurden: Die (schein- oder halb-)„konstitutionelle Diktatur“ (in der Selbstbeschreibung als „gelenkte Demokratie“ bezeichnet) unter Einbeziehung von Teilen der demokratischen Eliten, oftmals ohne die Errichtung neuer politischer Institutionen und ohne vollständige Unterdrückung der Opposition; die „autoritäre Diktatur“ unter weitgehendem Ausschluss der politischen Eliten des alten Systems, teilweise mit neuen Institutionen und ohne Duldung einer öffentlich agierenden Opposition; und die „totalitäre Diktatur“ mit Massenunterstützung, die ein neues politisches System begründete, aber die alte politische Klasse weitgehend integrierte (etwa in Italien oder Deutschland) oder aber weitgehend eliminierte (Sowjetunion).

¹⁹ Laut NOLTE (wie Anm. 3), S. 37 f., wurde „Diktatur“ in den frühen 1920er Jahren durchaus als Alternative zur „Demokratie“ verstanden wurde, da sie noch nicht ein solches Schreckensmoment beinhaltete wie nach den konkreten Erfahrungen mit Nationalsozialismus, Stalinismus, Verfolgung und Massenmord. Erst durch diese Erfahrungen lud sich „Diktatur“ mit den heute vorherrschenden Konnotationen einer alles umgrei-

kungsmacht gewonnen hatten, zeigt die Tatsache, dass selbst solche politischen Systeme, die als absoluter Gegensatz zur liberalen Demokratie verstanden werden müssen, auf der Klaviatur demokratischer Werte spielten. Sie versprachen, Werte zu verwirklichen, die man allgemein mit der Demokratie verbindet: eine substantiellere Form von Gleichheit als formale Gleichheit vor dem Gesetz, eine Einbeziehung in die politische Gemeinschaft und eine authentische, auf Dauer angelegte Teilhabe an Politik, nicht zuletzt zu dem Zweck, ein politisches Kollektivsubjekt zu erschaffen.²⁰ Dass solche demokratischen Versprechungen in diesen sich in den 1920er und 1930er Jahren etablierenden antidemokratischen Regimen lediglich deklamatorischen Charakter hatten, versteht sich von selbst. Es zeigt jedoch auch, dass die Vertreter dieser Regimes sich genötigt sahen, solche Versprechen überhaupt machen zu müssen. Dies verweist auf die Tatsache, dass die Forderungen nach politischer Partizipation nicht mehr einfach ignoriert werden konnten und Herrschaftsansprüche sich demzufolge einer Legitimationsstrategie bedienen mussten, die sich zumindest teilweise an diejenige der Demokratie anlehnte.²¹ Damit drängt sich die Frage auf, welche diskursiven Strategien der Sinngebung und Legitimierung mit der Installierung der autoritären Regime in Ostmitteleuropa in der zweiten Hälfte der 1920er und in den 1930er Jahren einhergingen und inwiefern an ein Vokabular und an Werte und Normen der zuvor errichteten Demokratien angeknüpft wurde, um diese – vor allem als Gegenpol zu einem faschistischen Regime – zu rechtfertigen.

Die Abkehr von der demokratischen Staatsform und die Hinwendung zu diktatorischen Regierungsformen war ein komplexer gesellschaftspolitischer Vorgang.²² Während die Demokratisierung sich formal in der Etablierung neuer institutioneller Arrangements niederschlug und auch von bestimmten politischen und sozialen Kräften (etwa Liberalen, Sozialdemokraten und demokratischen Nationalbewegungen) unterstützt wurde, die lange auf dieses Ziel hingearbeitet hatten, zeigte sich, dass die diktatorische Regierungsform von weiten Teilen der Bevölkerung begrüßt wurde. Allein der Verweis auf die Neuheit der demokratischen Verfassungsformen in Ostmitteleuropa und folglich auf die Unerfahrenheit im Umgang mit ihr ist kein ausreichender Erklärungsversuch für das Scheitern dieser Demokratien. Dafür sprechen etwa die Fälle der beiden iberischen Nationen Spanien und Portugal, die

fenden und kontrollierenden – totalen – Herrschaft auf, die sich auf Willkür und Gewalt stützt. In der Staatsrechtslehre sowie den politischen Diskussionen nach dem Ersten Weltkrieg bezeichnete „Diktatur“ eine „begrenzte Phase der Außerkraftsetzung republikanisch-demokratischer Regeln in einer Krise und zu ihrer Überwindung“.

²⁰ MÜLLER (wie Anm. 10), S. 12.

²¹ Ebenda, S. 13.

²² Hier muss man festhalten, dass in der Zwischenkriegszeit ausschließlich die politische Rechte die liberalen Institutionen bedrohte. In diesem Zeitraum hat die Linke nicht eine einzige als liberal und demokratisch zu bezeichnende Regierung zu Fall gebracht. HOBBSBAWM (wie Anm. 18), S. 146 f.

beide auf liberale Verfassungstraditionen des 19. Jahrhunderts zurückblicken konnten und sich während der Zwischenkriegszeit dennoch zu regelrechten „Krisenzonen der parlamentarischen Demokratie“ entwickelten.²³ Demokratische Systeme können nur dann funktionieren, wenn bei der Mehrheit der Bürger ein Grundkonsens darüber herrscht, dass diese Staats- und Gesellschaftsform allgemein akzeptiert ist oder zumindest die Bereitschaft vorherrscht, in diesem Sinne Kompromisse einzugehen. Demokratie beruht zwar auf Konsens, erschafft diesen aber nicht selbst; er muss vielmehr aus der Bevölkerung heraus zustande kommen.²⁴ Der Blick auf die Erwartungshaltungen gegenüber der neu etablierten demokratischen Staatsform im Kontrast zu den tatsächlich praktizierten politischen und gesellschaftlichen Realitäten sowie die Erfahrungswerte, die sich hieraus für bestimmte gesellschaftliche Gruppierungen speisten, können Anhaltspunkte für einen Prozess der Abkehr von der Demokratie bieten.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob man von einer regelrechten Enttäuschung durch die Demokratie sprechen kann. Hierzu muss nach dem Verständnis von und der Auseinandersetzung mit demokratischen Konzepten und Werten in den unterschiedlichen Gruppierungen und nach den damit verbundenen Vorstellungswelten und Hoffnungen bzw. Abwehrmechanismen gegenüber demokratischen Regierungs- und Gesellschaftsordnungen gefragt werden. Auf diese Weise kann man nicht nur das sich wandelnde Verständnis von und die Einstellung zu Demokratie in Ostmitteleuropa in der Zwischenkriegszeit nachvollziehen, sondern auch die sich wandelnden Formen und Strategien der Ausübung von Politik, die als eine stete Auseinandersetzung mit demokratischen Konzepten aufgefasst werden kann. Nicht zuletzt müssen hier interne gesellschaftliche Konflikte politischer, vor allem aber auch wirtschaftlicher und sozialer Natur in die Frage nach dem Scheitern der Demokratie einbezogen werden, die auch gefestigte Nationalstaaten innerlich derart zerreißen konnten, dass sich verschiedene gesellschaftliche Gruppen autoritären Regierungsformen zuwandten und diese befürworteten. Die Weltwirtschaftskrise, die seit Ende der 1920er Jahre alle europäischen Staaten mit Ausnahme der Sowjetunion in eine prekäre Lage brachte, ist dabei nur einer dieser „situativen Faktoren“, die als Erklärungsversuch herangezogen werden müssen.²⁵ Vor diesem Hintergrund geriet nicht die Demokratie als politische Ideologie zum eigentlichen Problem, sondern ihre Ablehnung erwies sich als Kompensationsstrategie für ganz anders gelagerte gesellschaftliche Probleme und die Hinwendung zu autoritären Regimen als eine Art Ableitung gesellschaftlicher Spannungen.

Nicht zuletzt lohnt bei einer Analyse der Demokratiegeschichte in Ostmitteleuropa im Nachklang des Ersten Weltkriegs ein Blick darauf, wie die

²³ LUTZ RAPHAEL: *Imperiale Gewalt und mobilisierte Nation. Europa 1914-1945*, Bonn 2014, S. 123.

²⁴ HOBBSBAWM (wie Anm. 18), S. 179.

²⁵ RAPHAEL (wie Anm. 23), S. 124.

Auseinandersetzung mit demokratischen Konzepten in gesellschaftlichen Bereichen ihren Niederschlag gefunden hat, die auf den ersten Blick nicht der Sphäre der Politik zugerechnet werden. So beförderte die wiedergewonnene Freiheit des polnischen Staates nicht nur einen Aufschwung des künstlerischen Lebens, sondern auch dessen nationale Prägung. 1924 ging der Nobelpreis für Literatur an den polnischen Schriftsteller Władysław Reymont für seinen Roman *Chłopi* (Die Bauern), in dem der Alltag der polnischen Bauern meisterhaft erzählt wurde. Polnische Dichter der Zwischenkriegszeit wie Julian Tuwim, Jarosław Iwaszkiewicz und Jan Lechoń strebten danach, sich an die alltägliche Sprache anzupassen.²⁶ Kunst und Literatur sollten nicht mehr von Vermittlern und „Mäzenen“ betreut werden, sondern sich selbst dank ihrer Sachlichkeit in der neuen demokratischen Gesellschaft vermarkten. Lebens- und zeitnahe Texte, welche die soziale und politische Wirklichkeit schilderten, wurden in der Zwischenkriegszeit bevorzugt. Man erzählte sachlich über die Umstände des Lebens unter den Nachwirkungen des Ersten Weltkriegs. Eine einfache und lebensnahe Alltagssprache der Schriftsteller erlaubte es, breite Massen anzusprechen. Beliebt waren Texte im Stil einer exakten Reportage oder einer Montagetechnik, die z.B. Lieder oder Zeitungsartikel in die Texte einbauten. Ganz gewöhnliche Helden zeigten mit ihrem Leben, dass die Inhalte viel wichtiger als deren Form waren. Techniker, Bauleute, Ingenieure und Angestellte wurden zu Figuren, über die man gern erzählte. Joseph Roth (1894-1939) bemerkte in dem Vorwort zu seinem Roman *Die Flucht ohne Ende* (1927): „Es handelt sich nicht mehr darum zu ‚dichten‘. Das Wichtigste ist das Beobachtete.“²⁷ Auch im Bauwesen gab es ab der Mitte der 1920er Jahre eine Aufschwungsphase, in der vor allem im öffentlichen Wohnungsbau das demokratische Denken sichtbar wurde. Man konzipierte Siedlungen mit Reihenhäusern oder Zeilenbauten, hergestellt aus serienmäßig von der Industrie produzierten Materialien. Das Gemeinschaftliche wurde darin besonders sichtbar.²⁸

²⁶ PIOTR KUNCEWICZ: *Leksykon polskich pisarzy współczesnych* [Lexikon polnischer zeitgenössischer Schriftsteller], Warszawa 1995.

²⁷ JOSEPH ROTH: Vorwort, in: DERS. (Hrsg.): *Die Flucht ohne Ende. Ein Bericht*, Köln 1994.

²⁸ PETER LONGERICH: *Deutschland 1918-1933. Die Weimarer Republik. Handbuch zur Geschichte*, Hannover 1995, S. 178. Breslau (Wrocław) wurde zu einer beispielhaften Stadt für moderne Siedlungen und öffentliche sachliche Bauten (z.B. die Siedlung Sepólno oder die Jahrhunderthalle von Max Berg). In Polen entstanden in den Zwischenkriegsjahren in zahlreichen Städten funktionale architektonische Bauten, „sachliche“ Siedlungen und moderne Wohnhäuser. Man übernahm die Ideen aus dem Westen, verband alles jedoch stark mit den Elementen der polnischen Volkskunst und nicht selten der polnischen Renaissance. Insbesondere in der Malerei wurde deutlich, dass man sowohl dem internationalen Radikalismus als auch dem national-historischen Traditionalismus folgte – immer mit dem demokratischen Zweck, näher am Menschen zu sein. ANNA KOTULA, KRAKOWSKI PAWEŁ (Hrsg.): *Malarstwo, rzeźba, architektura*.

Literatur und Kultur eröffnen somit einen vielversprechenden Zugang zu einer Demokratiegeschichte. Sie stehen in einem komplexen Spannungsverhältnis zur Politik, weil das politische System entscheidend mitbestimmt, welche Schriftsteller sich literarisch und welche Künstler sich künstlerisch betätigen können, welche Werke verlegt und publiziert und welche Theaterstücke inszeniert werden können – man denke hier etwa an staatliche Zensurmechanismen und die Zensur von Schriftstellern und Büchern. Man muss außerdem davon ausgehen, dass Politik die Literatur mitbedingt, indem sie nicht nur die Rahmenbedingungen der Produktion und Rezeption, sondern auch Themen vorgibt. Vor allem in gesellschaftlichen Umbruchphasen lässt sich beobachten, dass gesellschaftlich und politisch relevante Themenkomplexe vermehrt in literarischen Werken verarbeitet werden.²⁹

Auf diese Weise können Literatur und Kultur insofern als Erprobungsfelder für demokratische Konzepte angesehen werden, als hier politische und gesellschaftliche Gegebenheiten reflektiert, kritisch überprüft und verhandelt werden können. Fragen nach dem Spannungsverhältnis zwischen den neu installierten demokratischen Staatsformen und dem Literatur- und Kulturbetrieb gehören daher ebenso zu den Aspekten einer Demokratiegeschichte in Ostmitteleuropa wie die Frage nach der literarischen Auseinandersetzung mit demokratischen Konzepten, die vor allem durch die Rezeption bestimmter Werke und Autoren Anhaltspunkte für das vorherrschende Demokratieverständnis geben kann.

Auf das zuvor Beschriebene aufbauend kann man also davon sprechen, dass die Zwischenkriegszeit eine Art Experimentierfeld darstellte für eine erstmalige Erprobung demokratischer Prinzipien im Rahmen von demokratischen Staatsformen nicht nur auf politischer Ebene, sondern in allen gesellschaftlichen Bereichen. Auch Zeitgenossen, wie etwa der erste Präsident der Tschechoslowakei, Tomáš Masaryk, empfanden Europa nach 1918 als ein „auf dem großen Friedhof des Weltkrieges errichtetes Laboratorium“, in dem die neuen und die alten politischen Kräfte miteinander rangen.³⁰ Indem man diese Auseinandersetzungen mit demokratischen Konzepten auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen analysiert, kann man sich produktiv mit der ostmitteleuropäischen Geschichte der Zwischenkriegszeit befassen und zugleich ein Forschungsdesiderat aufgreifen.

Wybrane zagadnienia plastyki współczesnej [Malerei, Bildhauerei, Architektur. Ausgewählte Probleme der zeitgenössischen bildenden Kunst], Warszawa 1972.

²⁹ Zur Auseinandersetzung mit Demokratie in der Literatur der Weimarer Republik vgl. KAI BLEIFUß: Demokratie im Roman der Weimarer Republik. Annäherung und Verteidigung durch Ästhetik, Würzburg 2012.

³⁰ „Das neue Europa ist wie ein auf dem großen Friedhof des Weltkrieges errichtetes Laboratorium: ein Laboratorium bedeutet und erfordert die Arbeit aller. Und die Demokratie – die moderne Demokratie – ist noch in den Anfängen“, in: KAREL ČAPEK (Hrsg.): Gespräche mit Masaryk [1928-1935], Stuttgart 2001, S. 272 f.

„Aufbruch zur Demokratie?“ – Aspekte einer
Demokratiegeschichte Ostmitteleuropas (1918-1939) –
Forschungsüberblick und Einordnung des
Themenheftes

Die europäische Demokratiegeschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit ihren (Ent-)Demokratisierungsschüben hat in den letzten Jahren vermehrt Aufmerksamkeit erfahren.³¹ Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit einer Demokratiegeschichte speziell Ostmitteleuropas hat sich bisher vor allem auf den Zusammenbruch der Sowjetunion und die damit verbundenen Transitionsprozesse konzentriert. Im Vordergrund dieser Analysen standen vor allem Fragen nach Strukturen und Akteuren der Errichtung und Etablierung demokratischer Staatsstrukturen, dem Abbau der sozialistischen Herrschaftsstrukturen und dem damit verbundenen institutionellen Wandel sowie vereinzelt auch Fragestellungen nach der politischen Kultur der postkommunistischen Demokratien und den Einstellungen der Bevölkerung zur Demokratie.³² Eine übergreifende Analyse der Demokratisierungsprozesse in Ostmitteleuropa in der Nachfolge des Ersten Weltkriegs bildet bisher ein Forschungsdesiderat. Mit Aspekten einer Demokratiegeschichte Ostmitteleuropas in der Zwischenkriegszeit befassen sich nur wenige Studien.³³ Dabei handelt es sich zumeist um Länderstudien, die Teilaspekte einer Demokratiegeschichte beleuchten.³⁴ Ansätze einer übergreifenden Demokratiegeschichte des Baltikums im Sinne einer Demokratisierung nach dem Ende des Ersten

³¹ FISCHER (wie Anm. 17); GUSY (wie Anm. 17); BERG-SCHLOSSER (wie Anm. 17).

³² In Auswahl: MARGARETA MOMMSEN (Hrsg.): Demokratie-Experimente im Postkommunismus. Politischer und institutioneller Wandel in Osteuropa, Münster 1995; GEOFFREY PRIDHAM (Hrsg.): Prospects for Democratic Consolidation in East-Central Europe, Manchester 2001; MARY KALDOR (Hrsg.): Democratization in Central and Eastern Europe, London 2002; DETLEF POLLACK (Hrsg.): Political Culture in Post-communist Europe Attitudes in New Democracies, Aldershot 2003; ELLEN BOS: Verfassungsgebung und Systemwechsel. Die Institutionalisierung von Demokratie im postsozialistischen Osteuropa, Wiesbaden 2004; ROLF WINKELMANN: Politik und Wirtschaft im Baltikum. Stabilisierung von Demokratie und Marktwirtschaft in Estland, Lettland und Litauen, Saarbrücken 2007; KATRIN MATTUSCH: Demokratisierung im Baltikum? Über die Begrenzung von Demokratisierungschancen durch politische Kulturen, Frankfurt/M. 1996.

³³ BERG-SCHLOSSER (wie Anm. 17).

³⁴ Für einzelne Länderstudien sowie Studien zu Einzelaspekten einer Demokratiegeschichte vgl. FLORIAN J. ANTON: Staatlichkeit und Demokratisierung in Lettland. Entwicklung, Stand, Perspektiven, Würzburg 2009; IEVA ZAKE: Latvian Nationalist Intellectuals and the Crisis of Democracy in the Inter-war Period, in: Nationalities Papers 33 (2005), 1, S. 97-117, JEFFREY KOPSTEIN, JASON WITTENBERG: Beyond Dictatorship and Democracy: Rethinking National Minority Inclusion and Regime Type in Interwar Eastern Europe, in: Comparative Political Studies 43 (2010), 8-9, S. 1089-1118, ANDRZEJ KORBONSKI: Violence and Democracy in Eastern Europe, in: Terrorism and Political Violence 12 (2000), 3-4, S. 237-260.

Weltkriegs bietet ein 1995 veröffentlichter Sammelband, der neben politischen Aspekten wie der Etablierung von demokratischen Parteiensystemen oder der Rolle von Minderheiten auch wirtschaftliche und gesellschaftliche Aspekte wie die Rolle von Massenmedien oder der Kirche innerhalb der neuen demokratischen Staatswesen anvisiert.³⁵ Insbesondere fehlt es noch an einer systematischen Beschäftigung mit der Frage, was unter einer Demokratiegeschichte Ostmitteleuropas verstanden werden kann und muss: Welche politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aspekte können bei der Analyse einer Demokratiegeschichte Ostmitteleuropas in der Zwischenkriegszeit einbezogen werden? Diese bewusst offene Frage bildet den Ausgangspunkt dieses Themenheftes.

Das Themenheft umfasst fünf Texte, verfasst von Autoren mit unterschiedlicher Nationalität und unterschiedlichen Sichtweisen auf die aufgeworfene Problematik. Im Fokus der Aufsätze stehen die Länder Litauen, Polen und Slowakei, die auf den Themenkomplex Demokratie in der Zwischenkriegszeit hin untersucht werden. Stanislava Kolková schildert die in der Slowakei nach 1918 vorherrschenden demokratischen Konzepte und deren Rezeption. Das als Neuanfang bzw. Umbruch begriffene Jahr 1918/19 war dort mit großen Erwartungen an die künftige demokratische und soziale Ordnung verbunden. Diese Hoffnungen wurden jedoch auf individueller wie auch auf kollektiver Ebene enttäuscht – die überhöhten Erwartungen an die Demokratie konnten nicht erfüllt werden. Die Autorin fragt danach, welche Erfahrungen mit der Demokratie die slowakische Gesellschaft geprägt haben und wie sie von der slowakischen politischen Elite artikuliert bzw. im Sinne einer Ablehnung der Demokratie instrumentalisiert wurden. Schließlich setzt sie sich mit der Frage auseinander, wie sich diese Erfahrungen auf das Verhältnis zu dem tschechoslowakischen Staat und der tschechoslowakischen Staatsidee ausgewirkt haben. Sie findet so Anhaltspunkte zu der Frage, warum sich in der Slowakei ein autoritäres System etabliert hat, das in der Gesellschaft auf breite Akzeptanz stieß. Der Versuch zu schildern, inwieweit die sich formierende slowakische bürgerliche Gesellschaft auf die demokratischen Veränderungen vorbereitet war und wie sie die Begleiterscheinungen des Wechsels des politischen Systems wahrgenommen hat, führt zu der Fragestellung im Aufsatztitel: „Demokratie als Enttäuschung?“

Klaus Richter bringt in seinem Artikel Demokratie und den Minderheitenschutz in der Außendarstellung Litauens nach 1918 zusammen. Das im Titel enthaltene Zitat „Eine durch und durch demokratische Nation“ deutet das Fazit bereits an. Richter zeigt, wie Politiker des sich ab 1918 konstituierenden litauischen Staates Demokratiekonzepte der Entente aufgriffen, um Unterstüt-

³⁵ BORIS MEISSNER, DIETRICH A. LOEBER u.a. (Hrsg.): Der Aufbau einer freiheitlich-demokratischen Ordnung in den baltischen Staaten, Hamburg 1995. Vgl. auch ULRIKE VON HIRSCHHAUSEN: Baltischer Liberalismus im frühen 20. Jahrhundert. Ein regionales Konzept zwischen Nationalismus und Demokratie, in: Geschichte und Gesellschaft 29 (2003), S. 105-137.

zung während der 1918-1920 tobenden Kriege sowie die internationale Anerkennung der litauischen Unabhängigkeit zu erreichen. Dabei stellt er zum einen dar, inwiefern Kontakte zu einflussreichen Journalisten und Teilnehmern an der Friedenskonferenz in Paris genutzt wurden, zum anderen geht er der Frage nach, wie diplomatische und journalistische Vertreter der Entente die Rolle Litauens im Prozess der Etablierung einer Nachkriegsordnung in Ost- und Ostmitteleuropa einschätzten. Obwohl sich Litauen in den frühen 1920er Jahren erfolgreich konsolidieren konnte, überlebte die Demokratie hier nicht einmal den ersten Regierungswechsel.

Benjamin Conrad blickt auf die Volksabstimmungen an Polens Grenzen der Jahre 1919-1921 und stellt damit die in der Nachfolge des Ersten Weltkriegs erfolgten Territorialisierungspraktiken in einen – zumindest potentiell – demokratischen Kontext: So muss in den Volksabstimmungen insofern ein demokratisches Moment gesehen werden, als nicht von oben darüber entschieden werden sollte, zu welcher politischen Einheit das betroffene Territorium gehören soll, sondern es sich um eine in freier Wahl getroffene Mehrheitsentscheidung handelte. Zumindest argumentativ hätte dieser Umstand eigentlich der polnischen Nationalbewegung zuspiesen müssen. Conrad untersucht in seinem Beitrag die Haltung politischer polnischer Akteure sowohl gegenüber den tatsächlich abgehaltenen Plebisziten als auch gegenüber denjenigen, die letztlich nicht durchgeführt wurden. Im Rahmen dieses Themenheftes leistet er einen Beitrag zu der Frage, warum demokratische Partizipation in diesen Fällen nicht als Chance, sondern als Hindernis angesehen und bekämpft wurde. Er versucht dabei die Grenzplebiszite vergleichend zu untersuchen und hinterfragt aus demokratiegeschichtlicher Perspektive die Handlungen von zwei in der polnischen Historiografie eindeutig positiv besetzten Personen: Lucjan Żeligowski und Wojciech Korfanty.

Marek Szałagiewicz visiert in seinem Beitrag Demokratiegeschichte aus einem literaturwissenschaftlichen Blickwinkel an. Nach einer einführenden theoretischen Auseinandersetzung mit dem Wesen der Demokratie arbeitet er die gesellschaftliche Relevanz einer literarischen Auseinandersetzung mit demokratischen Konzepten heraus. Er überträgt seine Überlegung dabei auf zwei literarische Figuren: den deutschen Kämpfer um das Ideal der Gerechtigkeit Michael Kohlhaas aus der gleichnamigen Novelle von Heinrich von Kleist und seinen besonderen Geistesverwandten in der polnischen Literatur, den Rittmeister und späteren Verbannten Samuel Zborowski, dessen Geschichte in mehreren Texten thematisiert, aber erst durch das Fragment gebliebene Drama Juliusz Słowackis zum literarischen Mythos wurde. Beide Figuren sind für eine Demokratiegeschichte in der Literatur von besonderer Bedeutung: Sie können in Bezug auf eine für die Demokratie grundlegende Problematik – das Spannungsverhältnis zwischen individueller Freiheit und einer größeren Ordnung – sowie die Legitimation von Gewalt als paradigmatisch gelten. Auch ihre Rezeptionsgeschichte ist vor diesem Hintergrund von Interesse. So ist etwa der Kohlhaas-Stoff immer dann besonders rege rezipiert und neu bearbeitet worden, wenn eine besonders kritische Einstellung zu

Demokratie vorherrschte. Der Aufsatz von Szałagiewicz zeigt sehr geschickt anhand beider Helden den Zwiespalt zwischen dem Streben der Demokratie nach der Vereinbarung verschiedener, nicht selten gegensätzlicher Standpunkte und ihrem eigentlichen Wesen, das doch auf konkrete Ideale gründet, wie z.B. die Gleichheit vor dem Gesetz, die die Demokratie in einen Zustand ständiger Labilität versetzen.

Christina Douglas schreibt über die Bewegung der baltisch-deutschen Frauen und die Bewahrung des Deutschtums im demokratischen Litauen. Die Frauenbewegung nahm in der Zwischenkriegszeit eine äußerst dynamische Entwicklung. Der Beitrag basiert auf bisher unveröffentlichten Quellen über den Deutschen Frauenbund in Riga, zum wesentlichen Teil auf Notizen der langjährigen Vorsitzenden des Bundes, Josephine Kieseritzky, und bietet somit einen einmaligen Einblick in die Geschichte des Rigaer Frauenbundes. Douglas untersucht dessen Entstehungsumstände, Aktivitäten und Mitglieder und zieht einen Vergleich zwischen dem Rigaer Bund und der Baltischen Frauenbewegung. Der Bund war hauptsächlich in zwei Bereichen, der Stärkung des baltischen Deutschtums und der Emanzipation der Frauen, tätig. Damit zeigt Douglas, inwieweit innerhalb eines demokratischen Rahmens bestimmte gesellschaftliche Gruppen, hier Frauen, politisch mobilisiert wurden, dass diese Mobilisierung jedoch nicht immer mit der Unterstützung von Demokratie einherging.

Die fünf Beiträge verdeutlichen die Spannweite an Themenkomplexen und Fragestellungen, die eine Demokratiegeschichte in Ostmitteleuropa nach 1918 umfassen kann und muss. Unter dem Motto „Aufbruch zur Demokratie“ visiert dieses Themenheft somit unterschiedliche politische und gesellschaftliche Aspekte und Phänomene von Demokratiegeschichte und zeigt dabei, dass ein Blick auf diese situativen Faktoren jenseits der Analyse der politischen Systeme und ihrer Institutionen wichtige Anhaltspunkte geben kann, warum man sich im Ostmitteleuropa der Zwischenkriegszeit der Demokratie zuwandte bzw. sich wieder von ihr abwandte. Dass sich in vergleichender europäischer Perspektive kein singuläres Modell finden lässt, das alle Fälle von Erfolg und Misserfolg der Demokratien der Zwischenkriegszeit hinreichend erklären könnte, hat die Forschung bereits festgestellt.³⁶ Die hier vorliegenden Beiträge fokussieren solche politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aspekte, die dieses Spannungsverhältnis mitbedingten bzw. dessen Folge waren. In dieser Hinsicht möchte dieses Themenheft explizit Forschungsimpulse für eine Erforschung der Demokratiegeschichte in Ostmitteleuropa 1918-1939 setzen.

³⁶ RAPHAEL (wie Anm. 23), S. 124.